

Gegen die Destabilisierung Europas

Erklärung des Europäischen Friedensforums



Das Jahr 2014 – 100 Jahre nach dem Beginn des I. Weltkrieges, 75 Jahre nach Beginn des II. Weltkrieges, 15 Jahre nach der NATO Aggression gegen Jugoslawien – wo steht Europa am Beginn dieses geschichtsträchtigen Jahres und wie steht es um die Lehren aus diesen Ereignissen, die den Verlauf der Geschichte gravierend beeinflussten?

Die Protagonisten des Kapitals haben Lehren entsprechend ihren Interessen gezogen und Europa befindet sich nicht am Vorabend, sondern bereits inmitten neuer Erschütterungen.

I

Die Ereignisse zu Beginn der 90er Jahre in Europa markieren eine geostrategische Katastrophe und bedeuten einen Rückschlag in der Entwicklung der menschlichen Zivilisation. Die politischen Eliten in den USA, der NATO und der EU meinen, die Zeit sei gekommen, die Landkarte Europas, und nicht nur Europas zu verändern und das Völkerrecht, wie mit Jugoslawien 1999 praktiziert, durch ein Modell neuer Aggressionskriege, durch „humanitäre Interventionen“ zu ersetzen. Das Szenarium ist seit 1989 immer das gleiche. Unter Missbrauch von Begriffen wie Menschenrechte, Freiheit und Demokratie, durch Verletzung von Verfassungen und Gesetzen, sowie durch organisiertes Chaos auf Straßen und Plätzen bis hin zu Bürgerkriegen, wird versucht, nichtgenehme Machtverhältnisse in anderen Staaten zu ändern und souveräne Staatsführungen zu stürzen.

Dazu wird in den offiziellen Massenmedien eine aggressive Informationspolitik verfolgt, mit Lügen und Halbwahrheiten, mit Erfindungen und Spekulationen die öffentliche Meinung manipuliert. Das alles wird mit dem Ziel betrieben, den Einflussbereich von NATO und EU zu erweitern, und gleichzeitig die inneren Krisen zu überdecken bzw. aus ihnen herauszukommen.

Afghanistan, Irak, Libyen Ägypten, Syrien sind tragische Beispiele für eine menschenfeindliche Strategie zur Umsetzung von Weltherrschaftsplänen. Aber selbst aus den in verschiedenen Gebieten erlittenen Niederlagen sind die USA- und die NATO- Strategen nicht bereit Lehren zu ziehen, es sei denn noch mehr zu spionieren, zu lauschen und per Medien zu manipulieren.

Für die imperialistische Expansion wurden und werden die Konzepte weiterentwickelt – sogenannte Partnerschaften, Assoziierungsabkommen - alles als „Dialog“ getarnt, Politik der Umarmung mit dem Ziel der Unterwerfung. Dabei wird gegenwärtig die sogenannte Ostpartnerschaft; die sich auf die Einbindung der osteuropäischen Länder, besonders der ehemaligen Sowjetrepubliken, in die EU konzentriert, als Schwerpunkt behandelt. Das richtet sich eindeutig gegen Russland, als ein ernstzunehmender Gegner der einseitigen westlichen Hegemonie und Expansion

II

Ein akutes Beispiel - und wir sind alle Augen und Ohrenzeugen dieses Dramas - sind die dramatischen Ereignisse in der Ukraine. Die Pläne der westlichen Globalstrategen gehen einher mit einem noch brutaleren Sozialabbau, wie er bereits seit Jahren von den ukrainischen Oligarchien-Clans betrieben wird. Das ist auch der Boden, auf dem die soziale und politische Unzufriedenheit der Menschen ständig neue Nahrung erhält. Dies wird von unterschiedlichen politischen Kräften und

Oligarchien-Clans für ihre eigennützigen Interessen und Ziele genutzt. Das erschwert vielen protestierenden Menschen, die wahren Hintergründe der Auseinandersetzungen um das Assoziierungsabkommen mit der EU zu durchschauen. Die Manipulation seitens der Medien leistet dazu das ihrige. Und die US-Führung, - assistiert von ihren Bündnispartnern und Politologen aller Couleur in West und Ost - setzt alle Mittel in Bewegung, um dem Volk der Ukraine die Entscheidung abzunehmen. Für das ukrainische Volk - so meint der US Außenminister Kerry - sei die richtige Wahl zu treffen, nämlich die für die EU-Einbindung der Ukraine.

Damit die Assoziierung der Ukraine auch nicht nur unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten gesehen wird, gehen die US-Spezialisten noch einen Schritt weiter, indem sie der militärpolitischen Einbindung der Ukraine in die EU, deren Loslösung von Russland strategische Bedeutung beimessen. Sie meinen, dass ohne die Ukraine Russland nicht zu verteidigen sei. („Informationen zur deutschen Außenpolitik“ 11. 12. 2013)

Dabei schreckt man auch nicht vor dem Versuch eines Staatsstreichs mit Hilfe offener faschistischer Elemente zurück. Die USA erdreisten sich dem ukrainischen Volk vorzuschreiben, wie seine Regierung aussehen soll. Das heißt: die Einmischung des Westens in die inneren Angelegenheiten der Ukraine schreit gen Himmel. Und das auch vor den Augen und Ohren der Öffentlichkeit so arrogant demonstriert in München auf einer sogenannten Sicherheitskonferenz. (*Was lehrt uns da die Geschichte?*)

Die Entscheidung über ihr Schicksal ist von den Bürgern der Ukraine zu treffen. Dazu bedarf es einer umgehenden Stabilisierung der Lage, ohne äußere Einmischung, auf der Grundlage der gültigen Verfassung und der Gesetze.

III

Die neoliberale Expansionspolitik des Westens – und das Beispiel der Ukraine zeigt das erneut – führt zur Destabilisierung Europas und birgt die Gefahr neuer Konflikte und kriegerischer Auseinandersetzungen in sich. So werden die Tendenzen zum rechten Extremismus, zu Rassismus, Antisemitismus und Faschismus befördert. Deren Beschwichtigung von außen und durch die herrschende Politik ermuntern alle an Instabilität und Bürgerkrieg interessierten Kräfte. Und das eingedenk des Schwurs: Nie wieder Faschismus!

Niemand sollte vor dieser gefährlichen Situation die Augen verschließen.

Es gilt sich den Weltherrschaftsplänen der USA und der NATO, dem Streben nach einer dauerhaften unipolaren Weltordnung, der Revision der Geschichte und der Ergebnisse des II. Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung entgegen zu stellen.

Deshalb fordern wir alle Mitglieder und Sympathisanten des Europäischen Friedensforums sowie alle friedliebenden Kräfte auf:

- der Destabilisierung Europas entgegenzutreten,
- den faschistischen Gefahren mit Widerstand zu begegnen,
- die Angriffe auf die Souveränität und territoriale Integrität sowie, die Einmischung in innere Angelegenheiten von Staaten und die Drohungen mit Sanktionen zu entlarven und zurückzuweisen.

Prinzipien des Völkerrechts, der UNO Charta, der KSZE Schlussakte von Helsinki 1975, der Entspannungspolitik, des Dialogs ohne Vorbedingungen anstelle eines Diktats müssen wieder zu ihrem Recht kommen.